

Hinweise über die Verarbeitung von personenbezogenen Daten durch die Vergabekammern Rheinland-Pfalz im Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

Die Vergabekammern Rheinland-Pfalz erheben und verarbeiten personenbezogene Daten von Rechtssuchenden und Antragstellern, Rechtsanwälten und –beiständen, Behördenvertretern, Zeugen, Personal (hauptamtlich und ehrenamtlich beisitzende VK-Mitglieder, Referendare, Praktikanten), soweit dies zur Durchführung von vergaberechtlichen Nachprüfungsverfahren nach §§ 155 ff. GWB (oder zu Ausbildungszwecken bei Referendaren oder Praktikanten) erforderlich ist.

Erfasst werden grundsätzlich folgende personenbezogenen Daten: Name, Vorname, Namenszusätze, Firma oder sonstiger Geschäftsname, Vertretungsverhältnisse, Anschrift, Kontaktdaten (Telefonnummer, E-Mail-Adresse, Telefaxnummer, IP-Adresse) und Bankverbindungen. Außerdem werden personenbezogene Daten von nicht am Verfahren beteiligten Personen verarbeitet, die sich aus dem Vortrag der Verfahrensbeteiligten, aus den eingereichten Vergabeunterlagen und sonstigen eingebrachten oder im Wege der Amtsermittlung gewonnenen Beweismitteln und Erkenntniswerten (zugezogene Verfahrens- und Gerichtsakten, Zeugenaussagen, Auskünfte, Urkunden, Gutachten) ergeben.

Innerhalb der Vergabekammern erhalten nur die Personen Zugriff auf diese Daten, die zuständig für die Durchführung und Entscheidung von Nachprüfungsverfahren nach §§ 155 ff. GWB sind. Soweit für die kostenrechtliche Abwicklung von Nachprüfungsverfahren (§ 182 GWB für Verfahrensbeteiligte, Entschädigungen für ehrenamtlich beisitzende Mitglieder analog Abschnitt 4 Justizvergütungs- und –entschädigungsgesetz in der jeweils geltenden Fassung) Drittstellen verantwortlich sind, erfolgt die Weitergabe von Namens-, Adress- und Kontoverbindungsdaten auch an die dafür zuständigen Stellen (Haushaltsreferat im MWVLW, Landesoberkasse in Koblenz).

Die Vergabekammern verarbeiten personenbezogene Daten ihrer ehrenamtlich beisitzenden Mitglieder, soweit dies zu ihrer Bestellung, Heranziehung oder zur kostenrechtlichen Verwaltung ihrer Angelegenheiten erforderlich ist.

Die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung ist Art. 6 Abs. 1 Satz 1 lit. c) DSGVO und Art. 6 Abs. 1 Satz 1 lit e) DSGVO in Verbindung mit § 3 LSDG Rheinland-Pfalz.

Nach § 3 Abs. 5 Geschäftsordnung der Vergabekammern Rheinland-Pfalz vom 16. Mai 2019 beträgt die Aufbewahrungsfrist für die Verfahrensakten der Vergabekammer zehn Jahre nach rechtskräftigem Abschluss des Verfahrens. Die Verfahrensakten werden im Anschluss vernichtet, soweit keine Andienung an das Landeshauptarchiv in Koblenz erforderlich ist. Sonstige personenbezogene Daten werden gelöscht, sobald sich der Zweck der Verarbeitung erledigt hat.

Verantwortlich für die Datenverarbeitung ist das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, vertreten durch den Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau. Zuständig sind die Vergabekammern Rheinland-Pfalz im Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Stiftsstraße 9, 55116 Mainz, ☎ 06131-16-2234, Telefax: 06131-16-2113, E-Mail: vergabekammer.rlp(at)mwvlw.rlp.de.

Bei der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten beachten wir die sich aus der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) ergebenden Verpflichtungen.

Sie haben nach der DSGVO – soweit die jeweiligen Voraussetzungen vorliegen – folgende Rechte:

- Recht auf Auskunft (Art. 15 DSGVO)
- Recht auf Berichtigung (Art. 16 DSGVO)
- Recht auf Löschung (Art. 17 DSGVO)
- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO)
- Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO)
- Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung (Art. 21 DSGVO).

Außerdem haben Sie das Recht, sich an den Datenschutzbeauftragten des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau (Stefan Schönenberger, Stiftsstraße 9, 55116 Mainz, ☎ 06131-16-2797, Telefax: 06131-16-2100, E-Mail: datenschutzbeauftragter(at)mwvlw.rlp.de) zu wenden. Falls Sie der Ansicht sind, dass Ihre personenbezogenen Daten nicht rechtmäßig verarbeitet werden, können Sie sich zudem mit einer Beschwerde an die hierfür zuständig Aufsichtsbehörde wenden. Die Kontaktdaten der Aufsichtsbehörde lauten: Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz, Hintere Bleiche 34, 55116 Mainz, ☎ 06131-208-2449, Telefax: 06131-208-2497, E-Mail: poststelle(at)datenschutz.rlp.de.